

Besser für die Bündner Schule

Bildungsfragen werden nicht zum Spielball der Bündner Politik.

Ein Kommentar
von Reto Furter
Leiter Graubünden



Die Kirche bleibt im Dorf, die Lehrpläne bleiben in den Händen der Fachleute. Das sagt die Bündner Bevölkerung, und zwar unmissverständlich. Sie will nicht, dass in Zukunft Laienpolitiker darüber entscheiden, was ihre Kinder in den Schulen zu lernen haben – und was nicht. Die Bündner wissen, dass ein Lehrplan für eine Schule eine Investition in die Zukunft ist, ein langfristiger Fahrplan für die Schülerinnen und Schüler, und nicht eine Fahne im Wind, die dem Zeitgeist und damit einmal dem Gesäusel von links und dann wieder jenem von rechts folgt. Die Bündner wollen, dass man die Volksschule im Kanton arbeiten lässt, und zwar mit dem neuen Lehrplan 21. Daran bestehen nach den vielen Abstimmungen, welche der Schulbereich hinter sich hat, keine Zweifel. Und seit gestern erst recht nicht mehr.

Für den Ende Jahr abtretenden Bildungs- und Kulturminister Martin Jäger rundet das Resultat seine achtjährige Regierungstätigkeit ab. Er hat die Leitplanken für die Volksschule gesetzt, er hat Klarheit geschaffen in Sachen Lehrplan und in Sachen Fremdsprachenunterricht. Der neue Bildungs- und Kulturminister Jon Domenic Parolini, der ab dem kommenden Jahr das Departement leitet, übernimmt eine Schule auf Kurs.

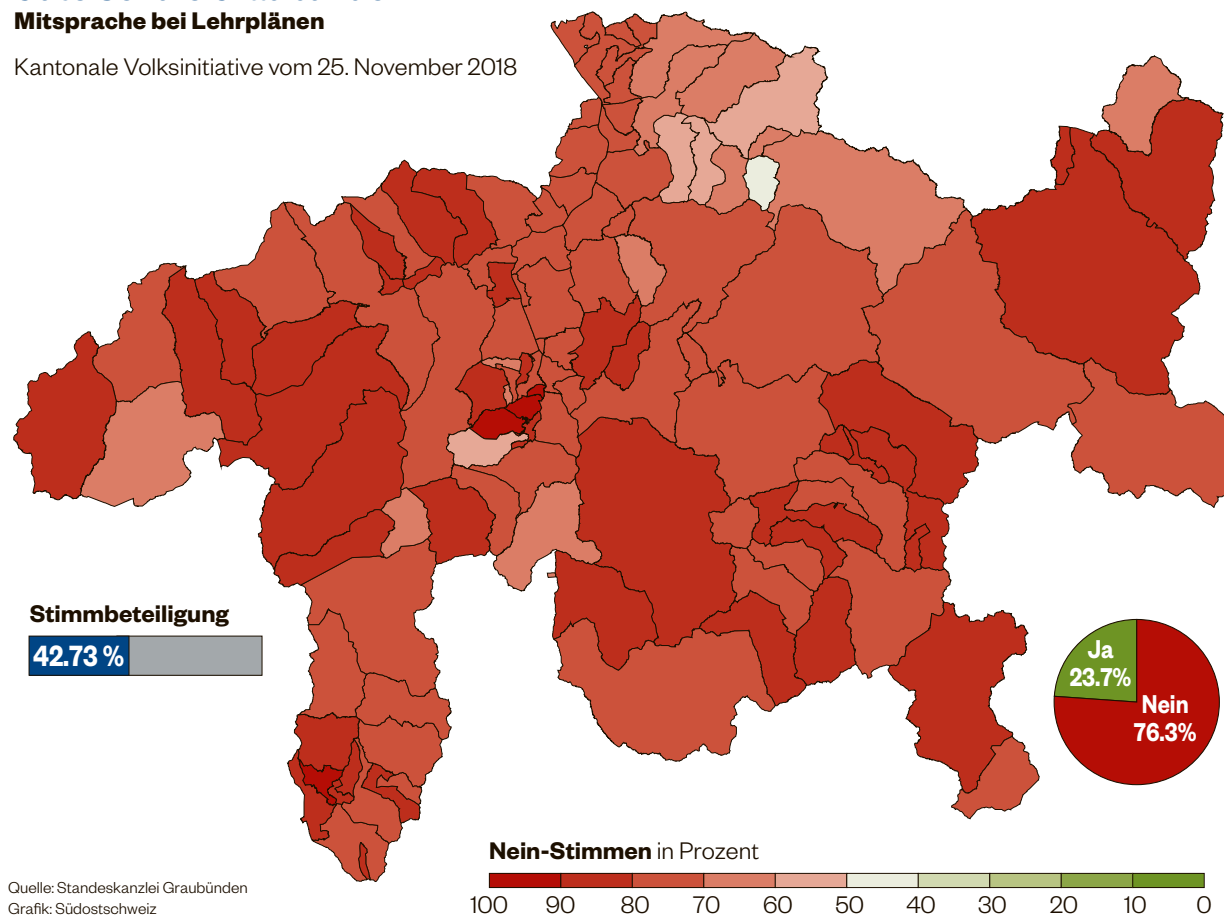
Einen Persilschein für die Zukunft haben gestern aber weder die Regierung noch die Schule erhalten. Man wird weiterhin über die Qualität des Frühfremdsprachenunterrichts diskutieren, und man wird auch weiterhin darüber diskutieren, ob der Lehrplan 21 inhaltlich hält, was er verspricht.

Kommt man zum Schluss, dass eine Feinabstimmung nötig ist, kann man diese jetzt vornehmen, und kommt man zum Schluss, dass die Qualität des Italienischunterrichts in Nordbünden ungenügend ist, muss man den Unterricht eben anpassen. Das ist besser für die Bündner Schule als eine Initiative, welche eine «Gute Schule» im Titel führt – aber das Gegenteil bewirkt.

Kontaktieren Sie unseren Autor:
reto.furter@somedia.ch

Gute Schule Graubünden Mitsprache bei Lehrplänen

Kantonale Volksinitiative vom 25. November 2018



Quelle: Ständeskanzlei Graubünden
Grafik: Südostschweiz

der Moesa sprachen sich weniger als zehn Prozent der Stimmberechtigten dafür aus. Die grösste Zustimmung kam aus dem Prättigau: So befürworteten in Luzein, Jenaz und Furna über 40 Prozent der Stimmberechtigten die Vorlage; und auch in Casti-Wergenstein am Schamserberg legten 47,4 Prozent ein Ja in die Urne.

Lehrpersonen atmen auf

Erleichtert über das deutliche Abstimmungsergebnis ist der Verband Lehrpersonen Graubünden. Präsidentin Sandra Locher Benguerel sagt: «Das

In ganz Graubünden hat sich nur eine einzige Gemeinde für die Doppelinitiative ausgesprochen.

Stimmvolk hat sich klar für eine Schule mit Zukunft ausgesprochen und ist gegen eine Mitbestimmung bei den Lehrplänen.» Der Lehrplan bleibe somit in den Händen von Fachleuten. Diese Regelung habe das Volk bestätigt.

Locher Benguerel ist froh, dass jetzt Ruhe einkehrt in das Bündner Schulsystem und dass man vorwärtsschauen könne. «Eine jahrelange öffentlich-politische Diskussion über die Zukunft der Schule ist mit der Abstimmung beendet», sagt sie. Die fachliche Diskussion zum Lehrplan 21 gehe aber weiter. «Wir setzen den kritisch-konstruktiven Dialog fort und werden, falls Handlungsbedarf besteht, Korrekturen am Lehrplan oder dessen Umsetzung vornehmen.»

Die «Gute Schule» erleidet Schiffbruch

Die Bündner Stimmberechtigten wollen bei den Lehrplänen nicht mitreden. Sie haben die Doppelinitiative «Gute Schule» klar verworfen.

von Ursina Straub

Die Bündner Stimmberechtigten haben der Doppelinitiative «Gute Schule Graubünden» mit rund 75 Prozent Nein-Stimmen eine deutliche Abfuhr erteilt. Die Lehrpläne werden somit weiterhin von der Regierung erlassen.

Die Verfassungsinitiative, welche Mitsprache bei wichtigen Bildungsfragen verlangt, wurde mit 74,7 Prozent Nein-Stimmen abgelehnt; insgesamt 42 114 Stimmberechtigte waren dagegen, nur 14 271 Stimmberechtigte dafür.

Noch deutlicher fiel das Resultat bei der Gesetzesinitiative aus, welche Mitsprache bei den Lehrplänen anstrebte: Sie wurde mit 76,3 Nein-Stimmen abgelehnt. 42 973 Stimmberechtigte legten ein Nein in die Urne, lediglich 2230 Stimmberechtigte sagten Ja. In ganz Graubünden hat sich nur eine

«Eine jahrelange öffentlich-politische Diskussion über die



Zukunft der Schule ist mit der Abstimmung beendet»

Sandra Locher Benguerel
Präsidentin Verband Lehrpersonen Graubünden

Gemeinde für die Doppelinitiative ausgesprochen, nämlich Conters im Prättigau. Dort haben 54,4 Prozent der Stimmberechtigten die Verfassungsinitiative angenommen und 53,0 Prozent die Gesetzesinitiative.

Klare Ablehnung im Schams

Erstaunlich ist, dass die Verfassungs- und die Gesetzesinitiative nicht genau gleich viele Stimmen erhielten, denn die beiden Initiativen sind untrennbar miteinander verknüpft. Die Verfassungsänderung wäre die Grundlage dafür gewesen, dass die Gesetzesänderung hätte in Kraft treten können. Und mit der Gesetzesänderung hätte der Grosse Rat bei den Lehrplänen mitgedeutet und bei einem Referendum auch das Volk.

Am deutlichsten abgelehnt wurde die zweite Initiative im Schams: In Lohn, Mathon und auch in Rongellen stimmten weniger als zehn Prozent der Vorlage zu; und auch in Buseno in

Immerhin ein Viertel dafür

Obschon die Initiativen nur 25 Prozent Zustimmung erhielten, sieht sich Mitinitiantin Marlies Klesse nicht als Verliererin. «Immerhin haben sich ein Viertel aller Stimmberechtigten dafür ausgesprochen», sagt sie. Dass die Gesetzesinitiative noch etwas mehr Zustimmung erhielt, wertet sie als Zeichen dafür, dass Stimmberechtigte bei Bildungsfragen mitreden wollen.

Klesse ist überzeugt, dass die Regierung wie auch die Parlamentarier zu wenig geprüft hätten, welche grundlegenden Änderungen der Lehrplan 21 für die Schule bringe. «Viele Eltern, deren Kinder bereits nach den neuen Methoden unterrichtet werden und die die negativen Auswirkungen schon miterleben, haben uns zugestimmt», sagt Klesse. Sie hofft, dass man zu den bewährten Methoden zurückfindet und Gemütsbildung und Menschenbildung wieder in den Lehrplan aufgenommen werden.

INSERAT

Chur und Maladers werden eins

Die Churer Stimmbevölkerung hat der Fusion mit Maladers deutlich zugestimmt. Damit ist die Fusion nach langer Vorgeschichte nun beschlossene Sache.

Ab dem 1. Januar 2020 gehört die Gemeinde Maladers zur Stadt Chur. Als letzte Partei nach der Gemeindeversammlung Maladers und dem Churer Gemeinderat haben gestern die Churerinnen und Churer dem Anliegen deutlich mit 9686:1761 Stimmen zugestimmt. Der Ja-Stimmen-Anteil lag damit bei 84,6 Prozent, die Stimmbeteiligung bei 49 Prozent.

Erste Gespräche vor zehn Jahren

Die Zustimmung der Churer Bevölkerung bedeutet auch das Ende eines langen Kapitels. Die ersten Sondierungsgespräche fanden vor bald zehn Jahren statt. Danach wurde das Geschäft auf Eis gelegt, unter anderem

weil die grosse Gemeindefusion im Schanfigg ihren Anfang nahm.

2016 nahm der Maladerser Gemeindevorstand im Auftrag der Gemeindeversammlung den Ball wieder auf und ersuchte den Churer Stadtrat, die Fusionsverhandlungen wieder zu eröffnen. Auslöser für diese Bitte war unter anderem, dass Maladers zunehmend Mühe bekundete, Personen für Ämter in den Gemeindebehörden zu finden.

Mit diesem Anliegen stiess der Maladerser Gemeindevorstand beim Churer Stadtrat auf offene Ohren. Er schrieb in seiner Botschaft zur Abstimmung, er sehe im Zusammenschluss mit Maladers die Chance, «im

Bündner Rheintal ein Zeichen zu setzen, dass auch Chur bereit ist, Fusionen zu prüfen und Strukturen zu vereinfachen». Einen zusätzlichen Anreiz für die Fusion bot der Kanton Grau-



Neuer Stadtteil: Maladers gehört ab 2020 zur Gemeinde Chur. Bild: Olivia Item

bünden: Er unterstützt den Zusammenschluss mit 3,7 Millionen Franken. Unter anderem auch deshalb ging der Churer Stadtrat in der Abstimmungsbotschaft davon aus, dass der Finanzhaushalt durch die Fusion nicht belastet wird.

Für die Stadt Chur hat der Zusammenschluss auf politischer Ebene keine Auswirkungen. Der dreiköpfige Churer Stadtrat bleibt unverändert, ebenso der 21 Mitglieder zählende Gemeinderat. In Maladers wird hingegen die Gemeindeversammlung abgeschafft. In Chur nimmt der Gemeinderat die Aufgabe der Legislative wahr; danach entscheidet direkt das Volk an der Urne, neu auch in Maladers. (red)